

**Erhard Cziomer**

Krakowska Akademia im. Andrzeja Frycza Modrzewskiego

## Die Rolle Deutschlands in der Eurokrise

### Abstract

The article is an analysis of Germany's role in the eurozone crisis. It consists of three parts that subsequently present: 1) the concept and the reasons of eurozone crisis from the German point of view; 2) premises of the Germany's role and challenges for Germany in the crisis mentioned above as well as 3) conclusion resulting from the crisis for new role of Germany in the EU. The timeframe of the analysis encompasses years 2010–13. The basic thesis of the article is: Christian democrat and liberal government led by chancellor Angela Merkel due to a giant economic and financial potential of Germany took a key role in actions for overcoming problems of indebtedness, saving and stabilization of the eurozone. Germany pushing forward with strategy of rigorous austerity within the frames of so-called fiscal pact from March 1st, 2012 did not gain a common approval in the eurozone, exposing itself for serious criticism on the part of indebted states, especially Greece. For its part Germany as a biggest creditor and guarantor of established financial instruments bear extraordinary risk in case of a default of the most heavily indebted southern eurozone states. The above mentioned situation gives birth to many domestic German fears and controversies signaled in the article in spite of the fact that since the end of 2013 some slight displays of improvement in the economic situation and in partial stabilization of the eurozone appeared.

**Key words:** Germany, European Union, euro, eurozone, crisis

### Einleitung

Das Ziel des Beitrages besteht darin, die Rolle Deutschlands in der Eurokrise 2010–2013 darzustellen. In den Vordergrund der Analyse werden nur begrenzt einige wirtschaftspolitische Fragen zur Rolle Deutschlands in der Eurokrise gestellt. Die einführende These des Beitrages lautet: die andauernde Eurokrise bildet die größte Herausforderung sowohl für den europäischen

Einigungsprozess seit über 50. Jahren, als auch für das vereinte Deutschland nach 1990. Die Bewältigung dieser Krise wird in Rahmen eines langwierigen wirtschaftspolitischen Prozesses erfolgen. Deutschland wird in dieser Krisenpolitik eine hervorragende Rolle spielen, ohne alle damit verbundenen Herausforderungen, Chancen und Risiken einfach und reibungslos lösen zu können. Die Rolle Deutschlands in der Eurokrise 2010–2013 wird im Beitrag auf einige Sachprobleme reduziert und thesenhaft dargestellt.

Der Beitrag berücksichtigt alle dem Autor zugänglichen Quellen und Fachliteratur zum Thema der Eurokrise. Der begrenzte Umfang des Beitrages ermöglicht nur die wichtigsten Quellen und Publikationen in den Literaturhinweisen im Text aufzulisten. Neueste umfangreiche deutsche und westliche Bibliographien zur Eurokrise und Rolle Deutschlands in der Krise befinden sich in folgenden zugänglichen deutschen Sachbüchern: EDLER (2013), ILLING (2012), sowie im Sammelband: BRANDL/MAIR/SANDSCHEIDER (2012). Die Bewertungen und Einschätzungen im Beitrag beziehen sich auf die laufenden Beobachtungen und eigene Forschungen des Verfassers, welche bereits den Niederschlag in einigen seiner Publikationen fanden. Es sind vor allem: CZIOMER (2012a) und (2012b). Eine Monographie zu diesem Thema wurde in den Jahren 2011–2013 vom Verfasser mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Warschau vorbereitet und in Polnisch herausgegeben (siehe CZIOMER 2013). Der Verfasser übernimmt hiermit die volle Verantwortung für die im Beitrag aufgestellten Thesen, Hypothesen und Bewertungen, sowie dort angegebenen Zahlen und Fakten.

## 1. Begriff und Ursachen der Eurokrise aus deutscher Sicht

Der Begriff ‚Eurokrise‘ wird in Deutschland kontrovers diskutiert und von vielen Autoren als gegenseitiger Interaktionsprozess zwischen Ursachen und Folgen der krisenhaften Entwicklung in Rahmen und außerhalb des Euroraumes verstanden. Daraus ergeben sich zwei unterschiedliche theoretische Ansätze in Bezug auf die Erklärung des Begriffes ‚Eurokrise‘ bzw. ‚Euro-Krise‘:

- 1) ‚Eurokrise‘ versteht man als eine Art der Finanzkrise mit vielen Ursachen, welche im Endeffekt vieler globalen und regionalen Verflechtungen zur massiven ‚Staatsverschuldung‘ einzelner Länder (17) der Eurozone führte,
- 2) ‚Euro-Krise‘ ergibt sich aus der Fehlkonstruktion der Eurozone und bei der Einführung der Gemeinschaftswährung – Euro von 1997 bis

1999. Deutschland hatte nach langem Zögern dem Druck Frankreichs nachgegeben. Dadurch ist Euro 2002 auf der Grundlage der sog. Konvergenzkriterien eingeführt worden, ohne sich dabei auf die notwendige politische Union der Europäischen Union (EU) geeinigt zu haben. Die Konvergenzkriterien wurden durch viele Mitglieder der Eurozone, darunter 2003–2005 auch durch Frankreich und Deutschland, ohne vorgesehene Konsequenzen gebrochen.

Mit der Frage nach Ursachen und Folgen dieser Krise beschäftigen sich in Deutschland sehr viele Stiftungen, Forschungszentren, sowie einzelne interdisziplinäre Forschungsprojekte, wobei hinsichtlich der neuen außen- und europapolitischen Rolle Deutschlands besonders wichtige Analysen bei der Stiftung Wissenschaft und Politik und Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin entstanden sind.

Mit dem Prozess von Ursachen und Auswirkungen der Eurokrise hat sich auch umfassend der unabhängige Sachverständigenrat für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland (weiter zitiert als *Sachverständigenrat*) beschäftigt. In seinem Sondergutachten vom 5. Juli 2012 hat er ein theoretisches Modell in Bezug auf die Ursachen und Folgen von Entstehung und Entwicklung der Staatsverschuldung im globalen, regionalen und länderspezifischen Ausmaß ausgearbeitet. Dieses Modell wird unten im Schaubild Nr. 1 präsentiert.

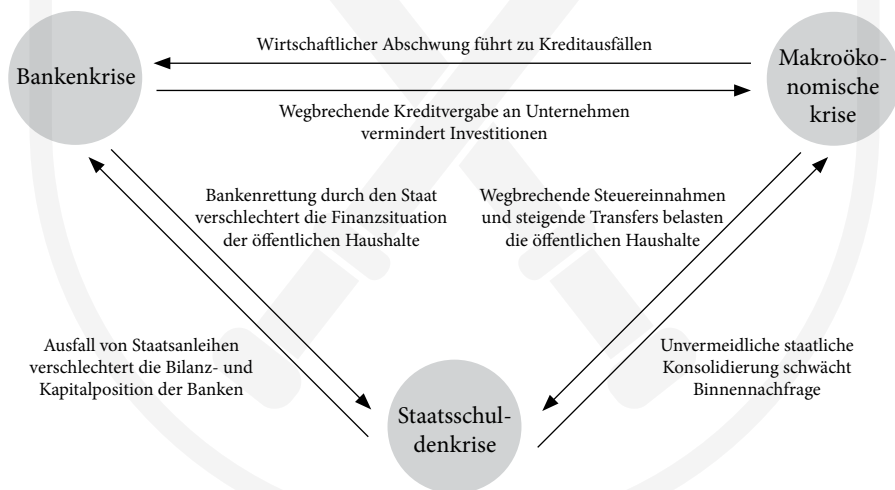


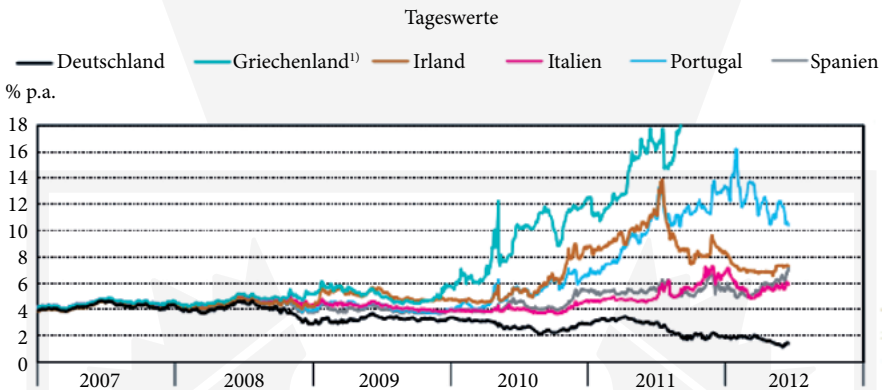
Schaubild 1. Teufelskreis der Banken-, Staatsschulden- und makroökonomischen Krise<sup>1)</sup>

Quelle: SACHVERSTÄNDIGENRAT (2012: 1)

Insgesamt kann man die Ursachen und Auswirkungen der Eurokrise folgendermaßen kurz zusammenfassen:

- die Wurzeln der ‚Eurokrise‘ sind in den wirtschaftspolitischen Aspekten der Beschleunigung des Globalisierungsprozesses am Ende des 20. und in zwei Jahrzehnten des 21. Jhs. zu suchen, welche zur weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 in den USA beitrugen. Dabei galten als wichtigste folgende Ursachen und Auswirkungen:
  - 1) weltweite Deregulierung der Märkte,
  - 2) Verbriefungen — neue komplexe Finanzprodukte, welche die Anlagerisiken verschleierten,
  - 3) Herausbildung weltweiter Ungleichgewichte als Motor für umfangreiche Spekulationen.
- Die Entstehung und Platzen der Immobilienblasen in den USA (Insolvenz von Lehman Brothers 2008) beschleunigte die Erweiterung der Krise weltweit. Sie betraf tief besonders die wirtschaftlich schwachen Länder der Eurozone wegen der starken Vernetzung von Banken mit den USA. Diese Entwicklung erzwang eine massive Ausweitung der Staatsausgaben und Verschuldung weltweit, darunter auch in Deutschland.
- Andere Ursachen für die Krise entstanden bei der Gestaltung der Währungsunion und besonders des Europaktes (1997), wo im Mittelpunkt der Zielsetzung die niedrige Inflationsrate stand. Dabei konnten sich Frankreich und Deutschland nicht auf die Bildung einer Politischen Union, bzw. bessere Koordinierung der Fiskalpolitik in der Eurozone einigen. Sie wurde den Mitgliedstaaten überlassen. Die für die Geopolitik zuständige Europäische Zentralbank (EZB) konnte nicht den stabilen Preisniveau in der Eurozone sichern, was in der Folge die Wachstumsraten und Inflation auseinander bewegte. Als Folge kam es zum Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den einzelnen Mitgliedern der Eurozone, sowie Entstehung von wachsenden Leistungsbilanzungleichgewichten. Diese Entwicklung erzwang eine massive Ausweitung der Staatsausgaben und Verschuldung, besonders in Bezug auf die sog. PIIGS-Staaten (Griechenland, Portugal, Italien, Irland und Spanien). Seit 2010 spekulierten die Finanzmärkte gegen die PIIGS Länder, wobei Griechenland von den amerikanischen Ratingsagenturen als zahlungsunfähig und kurz vor der Insolvenz stehend eingestuft wurde. Deshalb haben diese Staaten an den Finanzmärkten an Vertrauen verloren. Im Vergleich zu Deutschland stiegen die Renditen für ihre zehnjährigen Staatsanleihen ziemlich rasch. Dies kommt deutlich im Schaubild Nr. 2 zum Ausdruck. Daraus ergibt sich die Tatsache, dass in der Folge des Verlaufes der Weltwirtschafts- und Finanzkrise nach 2008 die sog. PI-

IGS-Staaten im Vergleich zu Deutschland immer mehr Geld für den Rückkauf für ihre 10-jährige Staatsanleihen zahlen mussten. Besonders schwer war zuerst Griechenland betroffen, das im Herbst und Winter 2009/2010 außer Stande war, eigene Staatsanleihen zurückzukaufen bzw. neue Kredite auf den Finanzmärkten aufzunehmen. Im Jahre 2011 folgten Griechenland Portugal und Irland. Bedroht waren 2011–2012 auch Spanien und Italien.



1) Griechenland ab 05.09.2011 dauerhaft über 18% p.a.; zur besseren Lesbarkeit werden die Werte ab diesem Zeitpunkt nicht mehr dargestellt.

Schaubild 2. Renditen für 10-jährige Staatsanleihen ausgewählter Länder im Euro-Raum

Quelle: Thomson Financial Datastream nach: SACHVERSTÄNDIGENRAT (2012: 2)

## 2. Voraussetzungen und Herausforderungen für die Rolle Deutschlands in der Eurokrise

Deutschland wurde auch durch den Ausbruch und die Auswirkungen der Weltwirtschafts- und Finanzkriege 2008–2009 stark betroffen. Nur allein der deutsche BIP sank 2009 um minus 5,1%. Durch verschiedene Reformanstrengungen der Regierung der Großen Koalition CDU/CSU/SPD (Agenda 2010, Aufhebung des Rentenalters auf 67 Jahre, sowie Hartz IV-Reform etc.) und Verabschiedung, sowie Durchführung von 2 Konjunkturpaketen in der Höhe von ca. 700 Mrd. Euro, gelang es zugleich die deutschen Banken (Rettungspakte von ca. 480 Mrd. Euro) zu retten und die Arbeitslosigkeit auf einem niedrigen Niveau von ca. 5,4 % (2012) zu halten. Diese Reformpolitik wurde auch im Prinzip durch die neue christlich-liberale Koalition, CDU/CSU/FDP, nach der Bundestagswahl im Herbst 2009 un-

ter Leitung der bisherigen Bundeskanzlerin Angela Merkel fortgesetzt. Es gelang auch, das Wirtschaftswachstum unter schweren Rahmenbedingungen – 2010 –4,2%, 2011 –3,0%, und nach letzten Schätzungen 2012 0,8%, 2013 0,8% bis 1% im Vergleich zum Vorjahr minimal positiv aufrechtzuerhalten. Deutschland hatte auch die niedrigsten Haushaltsdefizite im ganzen Europa: –1,1% (2012).

Man kann annehmen, dass nach 2009 in Bezug auf die innere wirtschaftspolitische Stabilität Deutschland gute Voraussetzungen hatte, um einen Beitrag zur Bewältigung der Eurokrise zu leisten. Dies wurde auch von den Partnern Deutschlands in und außerhalb der EU erwartet. Als besonders vorteilhaft kann man hier folgende ausgewählte Bestimmungsfaktoren Deutschlands in Betracht ziehen:

- enge Verflechtung des deutschen Außenhandels mit der EU, darunter 40% mit den 16 Ländern der Eurozone bei weltweitem Außenhandelsüberschuss Deutschlands im Wert von 188 Mrd. Euro (2012),
- drittgrößter Beitrag zum Internationalen Währungsfond (IWF) = 5,8% nach den USA und Japan,
- größter Nettozahler für EU-Haushalt = 9,22 Mrd. Euro vor Großbritannien und Frankreich,
- mit 18,9371% (2011) größte Beteiligung am EZB-Kapital – (vgl. dazu ausführlich: CZIOMER 2012c: 97–98).

Eine wichtige Rolle in der Eurokrise spielt auch die starke finanzielle Vernetzung der deutschen Wirtschaftsunternehmen, öffentlichen und privaten Institutionen, sowie Geldinstitute und Banken mit der Eurozone, wie es aus der folgenden Tabelle hervorgeht. Aus der enormen Größe dieser finanziellen Verflechtungen ergibt sich die Vielfalt der deutschen Anwesenheit in der Eurozone. Es liegt auch im objektiven Interesse Deutschlands, sich entschieden für die Überwindung der Eurokrise einzusetzen, um in der Eurozone und in der ganzen EU Stabilität, Sicherheit und Wachstum herzustellen.

Die deutsche Strategie zur Krisenbewältigung in der Eurozone wurde im Kreise der engsten Mitarbeitern der Bundeskanzlerin Merkel und des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble ausgearbeitet. Der Kern dieser Strategie bestand aus verbindlichen Zusagen der Bundesregierung, sich einerseits an den notwendigen Hilfen und Rettungsschirmen für die betroffenen und verschuldeten Ländern beteiligen zu wollen, andererseits aber von den Empfängern der Hilfe abgestimmte und im Haushalt verankerte umfangreiche und präzise Spar- und Sanierungsmaßnahmen durchzusetzen. Sie wurden in regelmäßigen Abständen durch die sog. Troika (Vertreter von EZB, EU-Kommission und IWF) geprüft. Solche gründlichen Prüfungen waren z.B. für Griechenland in den Jahren 2012–2013 die Voraussetzung für die Genehmigung von weiteren Rettungspaketen bzw. Verschiebung der Zah-

lungen usw. Diese Bestimmungen wurden nach vielen bilateralen Konsultationen und Absprachen, darunter vor allem mit dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy (bis Mai 2012), sowie mit den Vertretern der Europäischen Kommission, EZB und des IWF, auf den Sitzungen des Europäischen Rates bzw. Eurozone-Gipfeln, bestätigt und formell entschieden.

Tabelle 1. Auslandsforderungen der BRD gegenüber dem Euroraum zum Jahresende 2011 (Mrd Euro)<sup>1)</sup>

	Monetäre Finanzinstitute	Wirtschaftsun- ternehmen und Private	Öffentliche Haushalte	Zusammen
Belgien	43,8	97,0	0,8	141,7
Estland	0,3	0,3	0,0	0,6
Finnland	33,6	28,2	0,7	62,5
Frankreich	222,6	328,2	9,5	560,3
Griechenland	25,3	6,5	3,9	35,7
Irland	82,8	74,2	45,5	202,5
Italien	125,2	88,0	20,6	233,8
Luxemburg	220,7	362,4	1,9	585,0
Malta	7,0	13,3	0,0	20,2
Niederlande	159,7	251,5	7,5	418,6
Österreich	85,8	108,6	3,1	197,5
Portugal	16,8	10,4	4,2	31,3
Slowakei	3,1	7,6	0,2	10,9
Slowenien	2,9	2,5	0,4	5,8
Spanien	127,5	137,1	9,9	274,4
Zypern	5,9	3,2	0,2	9,3
<b>Insgesamt</b>	<b>1 162,9</b>	<b>1,518,8</b>	<b>108,4</b>	<b>2 790,1</b>
Problemländer <sup>2)</sup>	377,5	316,1	84,0	777,7

1) Ohne Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber dem Euro-Raum.

2) Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien.

Quelle: Deutsche Bundesbank nach: SACHVERSTÄNDIGENRAT (2012: 10)

Auf diese Weise entstanden 2010–2012 solche Rettungsschirme bzw. Stabilisierungsmechanismen und Instrumente wie: Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und seit Oktober 2012 der ständige Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), welcher eng mit dem Europäischen Fiskalpakt – *Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion* vom 1. März 2012 verbunden war (siehe Originaltext – FISKALPAKT (2012.03.01). Nach den erforderlichen Verhandlungen und Abkommen, sowie Ratifizierungsverfahren bilden ESM und Fiskalpakt die Grundlage für



die verstärkte Zusammenarbeit der 17-Mitgliedstaaten der Eurozone der EU im Bereich der Fiskalpolitik.

In der Tabelle Nr. 2 wird der Umfang deutscher Gewährleistungen für die verschuldeten PIIGS-Länder in Einzelheiten zusammengestellt. Man muss dazu sagen, dass diese Gelder mit 5% verzinst sind, was im Klartext bedeutet, dass **Deutschland bis jetzt der größte Profiteur** der Zahlungen ist. Wenn ein Land als Zahler ausfällt, weil es selbst finanzielle Hilfen benötigt, müssen die anderen Staaten das – durch den Ausfall dieses Landes – fehlende Kapital zusätzlich aufbringen (Art. 25 Abs. 2 ESM-Vertrag). Nach Berechnungen des IFO-Instituts müsste Deutschland notfalls für bis zu 748 Mrd. Euro haften. In Deutschland mussten alle Rettungsschirme und Abmachungen der Bundesregierung durch Bundestag und Bundesrat ratifiziert werden. Im Urteil vom 12. September 2012 legte der Bundesverfassungsgericht die maximale Höhe der deutschen Garantie im ESM bis 190 Mrd. Euro. Dies würde nicht ausreichen, wenn z.B. Italien und Spanien hohe Geldmengen für ihre Rettungsschirme beantragen würden

Mit wenigen Ausnahmen unterstützten sich die Koalitionsparteien, d.i. CDU, CSU und FDP. Dies galt auch für die SPD und die Grünen von der Opposition. Auch Wirtschaftsverbände und Banken waren für die Durchsetzung der Eurorettungsstrategie der Bundesregierung. Gegen alle Rettungsschirme stimmte im Bundestag die Linke. Kritische Stimmen kamen wiederum seitens der Wissenschaftskreise, besonders von namhaften Ökonomen, Juristen, vielen Managern und Ex-Politikern, welche im April 2013 eine euroskeptische Partei Alternative für Deutschland (AfD) gründeten. Ihre wichtigste Forderung ist der Austritt Deutschlands aus der Eurozone und die Aufhebung des Euros. Nach Berechnungen der Bertelsmannstiftung von Herbst 2012 würde Deutschland der Austritt Griechenlands, Portugals, Spaniens und Italiens bis 1,7 Bln. Euro kosten.

Nach repräsentativen Umfragen, welche immer eine Art von Momentaufnahmen der Befragten ist, plädierten zwischen 2011 und 2013 ca. 60% der Befragten für den Erhalt der Eurozone. Im April 2013 sahen laut ARD-Trend 39% der Befragten größere Kompetenzen bei der Bundeskanzlerin Merkel für die Lösung der Eurokrise. Ihrem Herausforderer als Kanzlerkandidat Peer Steinbrück von der SPD trauten nur 16% der Befragten zu.

Trotz guter Voraussetzungen steht Deutschland vor großen Herausforderungen in Bezug auf seine Rolle bei der Lösung der Eurokrise. Diese Frage wird oft nicht nur in Deutschland, aber auch in Ausland bzw. durch ausländischen Politiker gestellt. Bekannt ist u.a. diesbezügliche Aussage vom polnischen Außenminister Radosław Sikorski zur Rolle Deutschlands — „führen heißt nicht dominieren“ (vgl. ASSELBORN/SIKORSKI 2012: 8–13).



Tabelle 2. Deutsche Gewährleistungen in Mrd. Euro

Deutscher Gewährleistungsrahmen nach StabMechG: 211 Mrd. Euro

	Zugesagte Mittel	Ausbezahlte Mittel	Verfügbare Mittel
Irland	8,3	5,6	2,7
Portugal	12,2	8,5	3,6
Griechenland	67,8	51,6	16,1
Spanien <sup>1)</sup>	0,0	0,0	0,0
Liquiditätspuffer	11,8	11,8	0,0
Summe	100,1	77,6	22,4

1) Spanischer Programm wurde am 29.11.2012 vollständig in den ESM überführt.

Quelle: BUNDESFINAZMINISTERIUM (2013)

## Schlussbemerkungen

An dieser Stelle sollen dazu nur kurze abschließende Thesen bzw. Hypothesen gestellt werden:

1. Die Stabilisierung des Euro und Überwindung der Eurokrise könnten seit 2010 ohne aktive Mitwirkung Deutschlands, objektiv betrachtet, nicht gelöst werden. Diese Tatsache wurde durch Bundeskanzlerin Merkel sowohl innenpolitisch, als auch in den vielen Entscheidungen in der Eurozone bewusst gesteuert und geschickt in der Argumentation ausgenutzt. Man kann vereinfacht sagen, dass von den deutschen Interessen ausgehend, hat sich Merkel in Namen Deutschlands bei vielen Entscheidungen zugleich als Euro-Retter und auch als Veto-spieler, verhalten.
2. Andererseits hat sich Bundeskanzlerin Merkel bis jetzt in der Eurozone bei allen wichtigsten Entscheidungen in diesem Bereich durchgesetzt und hofft damit auch bis zu der Bundestagswahl am 22. September 2013 damit für eigenen Wahlsieg trotz der Entstehung einer euroskeptischen Gruppierung im großen Teil aus den Reihen der CDU Alternative für Deutschland (AfD) punkten zu können. Gegen starke Bedenken und Widerstände seitens des neuen französischen Staatspräsidenten Hollande, sowie der Regierungschefs von Italien und Spanien — entsprechend Mario Monti und Mariano Rayoj – hat Merkel auf dem Eurogipfel 28.–29. Juni 2012 das deutsche Konzept der Bankenunion durchgesetzt.
3. Bei der Lösung der Eurokrise beteuert öffentlich Merkel die Strategie einer politischen Zurückhaltung. Auf Grund der deutschen Interes-

sen muss sie aber zugleich zwei Rollen des Zahlmeisters und Zuchtmeisters spielen. Die Vergabe der Rettungsschirme und die dazu nötigen Garantien sind mit großen Geldsummen und Risiken verbunden.

4. Die damit verbundenen schweren Auflagen und Sparmaßnahmen für verschuldete Staaten sorgen besonders bei den Südstaaten der Eurozone für heftige Kritik und Straßenproteste. In den Medien dieser Länder herrscht eine starke antideutsche Stimmung. Auf den Straßen bei Demonstrationen und Protestwellen werden alle Schuldweisungen für die Fehlentwicklung in der Eurozone Deutschland angehängt.
5. Die wichtige Kontroverse betrifft die Frage der Eurobonds, welche die angeschlagene wirtschaftlich wichtigste Partner in der Eurozone — Frankreich, Italien und Spanien — seit 2012 vergeblich einführen möchten. Für Deutschland bedeutet dies eine Art von unbegrenzten „Vergemeinschaftung“ aller Schulden in der Eurozone, was nach deutscher Auffassung die Wirtschaftskraft Deutschland wesentlich übersteigen würde. Andererseits werden magere Ergebnisse der von Merkel eingesetzten Konzepte der Sanierungs- und Sparpolitik sehr kritisch sowohl von der Bevölkerung, als auch durch die Spitzenpolitiker der südlichen Mitgliedstaaten der Eurozone bewertet. Darauf reagieren die deutschen Spitzpolitiker mehrheitlich gelassen und verweisen darauf, dass ohne umfangreichen Reformen und Sparmaßnahmen in der Eurozone und der ganzen EU, kann man nicht mit schnellen Erfolgen bei der Lösung der Eurokrise rechnen. Bisher hat man auf Initiative vom Deutschland und Frankreich lediglich auf dem EU-Gipfel 28. Juni 2012 den sog. Pakt für Wachstum und Beschäftigung mit ca. 120 Mrd. Euro für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geeinigt. Er entspricht aber nicht sowohl den großen Herausforderungen, als auch den Erwartungen, in der Eurozone.
6. Die Eurokrise kann nur langfristig überwunden werden. Dazu braucht man aber ein ganz neues komplexes Reformkonzept für die neue Strukturen und Zuständigkeiten in der EU. Die Vertreter der Europäischen Kommission, des Europäischen Rates und der EZB sollten entsprechende Vorschläge bis Ende 2012 vorlegen. Es geschah aber nicht viel in diesem Bereich. Es ist schwer zu sagen, ob die Reformen im Jahre 2013 ernsthaft nach der Bundestagswahl vom 22. September 2013 voranschreiten werden? Die wichtigste Frage lautet aber, ob diese Reform für die ganze EU oder nur für die Eurozone gelten soll? Die ernsthaften EU-Austrittsdrohungen Großbritanniens bis 2016 werden die ganze Lage noch komplizierter machen. Jedenfalls gibt es bis jetzt keine genaue Angaben über die deutsche Vorstellungen zum Reformkonzept der EU. Vieles deutet aber darauf hin, dass Bundeskanzlerin Merkel die intergouvernementalen Lösungen

bevorzugt und sich von der „Gemeinschaftsmethode“ verabschieden will. Darauf deutet u.a. der von ihr oft wiederholte Satz: „Die Staaten sind die Herren der Verträge“ (vgl. dazu KORNELIUS 2013). Zur langwierigen Krisenbewältigung der Eurozone wären aus deutscher Sicht folgende Maßnahmen notwendig: 1) eine Wirtschaftsregierung, 2) gemeinsame Finanzpolitik, 3) harmonisiertes Steuersystem, 4) vergleichbare Standards bei den Sozialsystemen. Man kann davon ausgehen, dass ernsthafte Verhandlungen über diese Vorschläge sowohl die 28 EU-Staaten, als auch die der Eurozone vor ganz neue Herausforderungen stellen werden.

## Literaturverzeichnis

- Asselborn, Jean / Sikorski, Radosław (2012): „»Führen heißt nicht dominieren«. Wie Deutschland seinen Part in Europa spielen sollte.“ In: *Internationale Politik*, Mai/Juni, 3, DGAP Berlin, 8–13.
- Brandl, Josef / Mair, Stefan / Sandscheider, Eberhard. (Hrsg.) (2012): *Außenpolitik in der Wirtschafts- und Finanzkrise*. München: R. Oldeburg Verlag.
- Bundesministerium (2013): „Europäische Finanzhilfen im Überblick“, [http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung\\_des\\_Euro/Zahlen\\_und\\_Fakten/europaeische-finanzhilfen-im-ueberblick-pdf.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=26](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euro/Zahlen_und_Fakten/europaeische-finanzhilfen-im-ueberblick-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=26), [31.05.2013].
- Cziomer, Erhard (Hrsg.) (2012a): „Prawno-polityczne wyzwania kryzysu Unii Europejskiej.“ In: *Krakowskie Studia Międzynarodowe*, 3(IX).
- Cziomer, Erhard (Hrsg.) (2012b): „Przesłanki i następstwa kryzysu Unii Europejskiej dla Europy i świata.“ In: *Krakowskie Studia Międzynarodowe*, 4(IX).
- Cziomer, Erhard (Hrsg.) (2012c): „Rola Niemiec w przezwyciężeniu kryzysu zadłużenia oraz stabilizacji strefy euro.“ In: *Krakowskie Studia Międzynarodowe*, 4(IX), 89–114.
- Cziomer, Erhard, (2012d): „Wyzwania kryzysu zadłużenia strefy euro dla poszukiwania nowej roli Niemiec w Unii Europejskiej w XXI wieku.“ In: *Rocznik Integracji Europejskiej UAM*, Poznań, 25–44.
- Cziomer, Erhard (2013): *Rola Niemiec w kryzysie strefy euro po 2009 roku*. Kraków: Oficyna Wydawnicza Krakowskiej Akademii im. Andrzeja Frycza Modrzewskiego, .
- Edler, Thorsten (2013): *Basiswissen Eurokrise. Wie sie entstand und was sie uns bedeutet*. Marburg: Tecktum Verlag.
- Fiskalpakt (2012): „Treaty on stability, coordination and governance in the economic and monetary union“, [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ec/128035.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/128035.pdf), [05.05.2013].
- Illing, Falk (2012): *Deutschland. Chronologie der deutschen Wirtschaftspolitik in der Finanzkrise*. Wiesbaden: Springer SV.
- Kornelius, Stefan (2013): *Angela Merkel. Die Kanzlerin und ihre Welt*. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag.
- Sachverständigenrat (2012): „Nach dem Gipfel: Zeit für langfristige Lösungen suchen. Sondergutachten vom 5. Juli 2012“, Berlin, <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/publikationen/sg2012.pdf>, [05.05.2013].